

A1-B #HambiBleibt - Wer Klimaschutz fordert, muss vor der eigenen Haustür beginnen

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Der Kohleausstieg wird kommen. Je früher, desto besser. Denn die Uhr tickt,
2 schon 2030, in 12 Jahren, wird der Punkt einer gefährlich werdenden
3 unumkehrbaren Erderwärmung erreicht sein. Die GRÜNE JUGEND fordert einen
4 schnellstmöglichen Kohleausstieg, einen sozialverträglichen Strukturwandel und
5 solidarisiert sich mit dem Kampf der Umwelt- und Klimaaktivist*innen. Wir
6 schließen uns ihren Rufen an: Kohle stoppen! Wir stehen an einem Scheideweg der
7 deutschen Politik: Machen wir weiter nur Lippenbekenntnisse zu internationalen
8 Klimaschutzvereinbarungen, während wir vor unserer eigenen Haustür Wälder für
9 den Weiterbetrieb eines der dreckigsten und umweltschädlichsten Geschäftsmodell
10 aller Zeiten roden, oder leiten wir die Wende zu einem innovativen und alles
11 veränderndem Klimaschutz ein?

12 Die GRÜNE JUGEND stellt fest, dass die Landesregierungen jener Bundesländer, in
13 denen Braunkohle gefördert und verbrannt wird, nicht gewillt sind, diese Frage
14 aufrichtig zu beantworten. Sei es die schwarz-gelbe Regierung in NRW, die rot-
15 rote Regierung in Brandenburg oder die schwarz-rote sächsische Landesregierung.
16 Die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Armin Laschet hat sich in der
17 Auseinandersetzung um den Hambacher Wald in diesem Herbst zur Handlangerin des
18 Kohlekonzerns RWE und zu einer gefährlichen Eskalationstreiberin entwickelt.
19 Unter dem Strich bleibt eine politische Bankrotterklärung für diese Regierung:
20 Der vermutlich größte und teuerste Polizeieinsatz NRWs, der tausende
21 Polizist*innen verheizt und unzählige Überstunden bei der NRW-Polizei verursacht
22 hat. Gefolgt vom größten Anti-Kohle-Protest der deutschen Geschichte, an dem
23 fünfzigtausend Menschen teilnahmen, um gegen die Rodung des Hambacher Waldes zu
24 demonstrieren. Und eine herbe Blamage vor höchster gerichtlicher Instanz, als
25 das Oberverwaltungsgericht Münster die Rodung bis auf Weiteres stoppte und damit
26 das gesamte Vorgehen der Landesregierung ad absurdum führte und ihr Narrativ,
27 man setze im Hambacher Wald lediglich Recht und Ordnung durch, wie ein
28 Kartenhaus in sich zusammenfiel.

29 Der bisher angerichtete Schaden lässt sich kaum beziffern. Der finanzielle
30 Schaden, aber auch der Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik ist
31 enorm. Wir fordern eine Aufklärung der Geschehnisse, aber vor allem eine

32 Kehrtwende in der Politik!

33 **Klimagerechtigkeit jetzt: Für eine radikale Wende in der Klimapolitik!**

34 Es sind schockierende Zahlen. Wir stehen im Zentrum der hausgemachten
35 Katastrophe, denn die deutschen Kohle-Bundesländer sind Brandherde der
36 europäischen CO₂-Emissionen: Höher als in den USA und fast doppelt so hoch wie
37 in Gesamtdeutschland liegt der Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf in NRW (2014).
38 Ähnlich hoch ist er in Sachsen. Speerspitze ist jedoch Brandenburg, dort wird
39 pro Person 2,5 mal so viel CO₂ ausgestoßen wie in Gesamtdeutschland. Der
40 Zusammenhang zur historisch starken Kohleindustrie ist dabei klar nachweisbar:
41 69 % des nordrhein-westfälischen Energiemixes speisen sich aus der
42 Kohleverstromung (2016: Steinkohle 26 %, Braunkohle 43 %) und der Essener
43 Braunkohlekonzern RWE rangiert auf Platz 14 der dreckigsten Energieunternehmen
44 weltweit. In Brandenburg stammen 60 % des produzierten Stroms aus der Braunkohle
45 - in Sachsen sind es satte 75 %. Es ist vor diesem Hintergrund nicht von der
46 Hand zu weisen, dass Deutschland sich seiner Verantwortung als großer Mittäter
47 in der Klimakatastrophe eingestehen und umlenken muss.

48 In der Lausitz und am Hambacher Wald entscheidet sich die deutsche
49 Klimaschutzpolitik. Das Rheinische Revier ist die größte CO₂-Quelle Europas. Das
50 Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet Deutschland zu stärkeren
51 Klimaschutzmaßnahmen. Verfeuern wir die Braunkohle, die unter dem Hambacher Wald
52 liegt, werden Deutschlands Klimaszutzziele wohl kaum einzuhalten sein. Würde
53 die Braunkohle direkt unter dem Wald verfeuert werden, entstünde so viel CO₂,
54 dass Wald-Ausgleichsflächen 13.000 mal so groß wie der Hambacher Wald nötig
55 würden, um die entstehenden Treibhausgase auszugleichen. Es ist zutiefst zynisch,
56 dass RWE mit der versuchten übereilten Rodung des Hambacher Waldes Fakten
57 schaffen wollte, obwohl auf Bundesebene die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung
58 des Pariser Klimaschutzabkommens noch nicht umgesetzt wurden und auf Bundesebene
59 derzeit über ein Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung verhandelt und ein
60 vorzeitiger, notwendiger Ausstieg aus der Kohleverstromung die noch benötigten,
61 aber bisher genehmigten, Abbaumengen erheblich verringern wird. Bei einem
62 Kohleausstieg bis 2030 würden beispielsweise nur noch 450 Millionen Tonnen
63 Braunkohle, also 20 Prozent der in Hambach und Garzweiler genehmigten
64 Braunkohlemenge, benötigt werden. Eine Rodung des Hambacher Waldes wäre unter
65 diesen Voraussetzungen nicht nur unnötig, sondern verkommt zu einem
66 Aggressionakt der Kohlelobby.

67 Das Rheinische Revier muss zeigen, dass der Kohleausstieg möglich ist und zum
68 Vorbild für eine innovative Klimaschutzregion werden.

69 *Wir fordern*

- 70
- Kohleausstieg jetzt - Der Ausstieg muss sofort starten!

- 71 • Neue Leitentscheidungen der Landesregierungen zu den Tagebauen
- 72 • Intensivierung der Klimafolgenanpassung

73 **Welt retten? Wald retten!**

74 Die von RWE geschaffenen und geplanten Ersatzpflanzungen sind nicht
75 gleichwertig. Der Hambacher Wald ist ein über 12.000 Jahre gewachsenes
76 Ökosystem. Ein paar neu gepflanzte Bäume machen noch keinen Wald, denn es dauert
77 Jahrhunderte bis ein vergleichbares Ökosystem entsteht. Ebenfalls leben über 140
78 gefährdete Arten im Hambacher Wald, für die RWE eine "Umsiedlung" plant. Ob sich
79 die Tiere so einfach in einen nicht gleichwertigen Forst umsiedeln lassen, ist
80 für etliche Arten zu bezweifeln. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese ansässigen
81 gefährdeten Arten sterben werden, ist groß.

82 Auch im Bereich der CO₂-Speicherung ist ein alter Wald wie der Hambacher Wald
83 wesentlich besser aufgestellt, er verfügt über deutlich mehr Biomasse und kann
84 dementsprechend viel mehr CO₂ speichern als neuere Ausgleichswälder. Auch das
85 zeigt: Der Hambacher Wald ist ein schützenswertes Ökosystem, das unbedingt
86 erhalten werden muss!

87

88

89 In der Niederlausitz wird der Wald östlich des Ortes Taubendorf schrittweise für
90 den Braunkohletagebau Jänschwalde gerodet. Wir lehnen die Rodung im genehmigten
91 Ausmaß ab und wollen auch dort so viel Wald wie möglich erhalten, der
92 gleichzeitig Staub- und Lärmschutz für die Anwohner*innen bietet. Wir sehen
93 nicht ein, dass Eigentümer*innen von kleinen Waldstücken zugunsten der
94 Braunkohle enteignet werden.

95 *Wir fordern:*

- 96 • Erhalt des Hambacher Waldes und seine Wiederaufforstung
- 97 • den Erhalt aller weiteren Wälder, die der Braunkohle weichen sollen

98 **Power to the People: Solidarität mit zivilem Ungehorsam und den Besetzer*innen**
99 **des Waldes!**

100 Vor nicht einmal zehn Jahren kannte kaum jemand jenseits von Düren und Kerpen
101 den Hambacher Wald. Die massiven Rodungen des einst 4100 Ha großen Waldes
102 erfolgten über Jahrzehnte, ohne dass eine breite Öffentlichkeit davon mitbekam.
103 Mit dem Räumungsbeginn am 13.09.2018 änderte sich dies schlagartig. Durch den
104 größten Polizeieinsatz in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen schaut die Welt
105 nun auf den Hambacher Wald. Es ist den hunderten Besetzer*innen,

106 Unterstützer*innen und Aktivist*innen zu verdanken, dass sich nun die deutsche
107 Klimapolitik am Hambacher Wald entscheidet. Ohne ihren jahrelangen Einsatz für
108 den Wald und gegen die Braunkohleverstromung wären wir heute in einer
109 schlechteren Ausgangsposition. Ohne die Besetzung würden sich heute vermutlich
110 nicht nahezu 80% aller Menschen in NRW für den Erhalt des Hambacher Waldes
111 aussprechen.

112 *Wir fordern:*

- 113 • Ein Ende der Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam und friedlichen
114 Protestformen

- 115 • In diesem Zusammenhang Solidarität mit der Besetzung von [#HambiBleibt](#), den
116 Protesten von Ende Gelände und dem zahlreichen Protest von
117 Bürger*inneninitiativen vor Ort

118 **Der Rechtsstaat ist kein Lego-Baukasten: NRW-Landesregierung muss ihr**
119 **repressives Rechtsverständnis überwinden!**

120 Jahrelang wurde die friedliche Besetzung im Hambacher Wald durch die
121 Landesregierung und die örtlichen Behörden geduldet. Im Herbst 2018 musste auf
122 einmal alles ganz schnell gehen: Aus dem Bauministerium NRW erfolgte Anfang
123 September ein Erlass, dass die Baumhäuser im Hambacher Wald als bauliche Anlagen
124 zu bewerten seien, für die übliche Brandschutzauflagen gelten. Damit wurde der
125 juristische Grundstein für die folgende Räumung und den Großeinsatz der Polizei
126 gelegt, da der Brandschutz nicht gewährleistet sei. Der Vorschub von
127 Brandschutzauflagen, um die Räumung politisch unliebsamer Örtlichkeiten
128 durchzusetzen, machte bei der CDU in NRW bereits in der Vergangenheit Schule: So
129 wurde in Duisburg die Räumung sogenannter "Schrottimobilien" angeordnet, die
130 überwiegend von Roma bewohnt wurden, aus dem gleichen Grund von der damals
131 zuständigen Dezernentin Daniela Lesmeister, die nun im NRW-Innenministerium
132 tätig ist. Dass die CDU Recht und Gesetze so zurechtbiegt, um Polizeieinsätze zu
133 legitimieren, ist verurteilenswert. An erster Stelle von Politik sollte immer
134 ein dialogorientierter Interessensausgleich stehen anstelle von repressiver
135 Eskalation.

136 RWE und die NRW-Landesregierung waren in der Außendarstellung oftmals kaum
137 auseinanderzuhalten. Es ist skandalös, in welchem Ausmaß die Landesregierung mit
138 ihrem Vorgehen Amtshilfe in großem Stil für RWE geleistet hat. Während viele
139 Bereiche des Waldes für die Öffentlichkeit, Pressevertreter*innen u.a. von der
140 Polizei als zu unsicher erklärt wurden, gingen die Arbeiten von Polizeikräften
141 und RWE-Mitarbeiter*innen Hand in Hand. RWE stellte die benötigte Infrastruktur
142 für die Räumung und ließ darüber hinaus Bäume fällen und Schneisen in den Wald
143 schlagen, um einen zügigen Ablauf der Räumung voranzutreiben, obwohl das Fällen
144 von Bäumen vor Beginn der Rodungssaison eigentlich untersagt war. Der Kreis

145 Düren und die Stadt Kerpen haben jedenfalls nicht sichergestellt, dass nur
146 Rodungen zur Ermöglichung der Räumung stattfinden.

147 Ebenfalls ist unklar, auf welcher Rechtsgrundlage die Räumung von Hängematten,
148 kleinen Plattformen, kletternden Aktivistis und Personen, die sich nicht in
149 Bäumhäusern befanden, stattfanden. Räumungsaktionen gingen weit über den
150 eigentlichen Auftrag der Räumung und Beseitigung der Baumhäuser hinaus. Hier
151 wurde deutlich, dass die Landesregierung die Durchsetzung des Bauordnungsrechts
152 vorgeschoben hat, um den Wald für RWEs Rodungen freizuräumen.

153 Das NRW-Innenministerium arbeitete zudem mit gezielten Falschmeldungen und Fake-
154 News, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So wurden der Öffentlichkeit
155 massenhaft beschlagnahmte Waffen aus dem Hambacher Wald vorgestellt, um die
156 vermeintliche Gewalttätigkeit der Besetzung zu beweisen. Doch schnell wurde
157 klar, dass es sich um einen Fundus von über mehrere Jahre gesammelte Waffen
158 handelte statt um aktuelle Funde. Im NRW-Innenausschuss berichtete Innenminister
159 Reul von pietätslosem Verhalten von Aktivist*innen nach dem tragischen Tod eines
160 Bloggers im Hambacher Wald. Der schäbige Versuch, die Aktivist*innen als
161 herzlose Unmenschen darzustellen und so den tragischen Tod für die eigene Agenda
162 zu instrumentalisieren, scheiterte, da mehrere Journalist*innen auch hier die
163 Falschaussage aufdeckten. Zwei krasse, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle.

164 *Wir fordern:*

- 165 • Aufklärung der juristisch zweifelhaften Vorgänge während der
166 Räumungsaktionen

167 **Polizeieinsatz: Politik mit dem Schlagstock ist Gift für die Demokratie!**

168 Auch die Polizei selbst hatte wenig Verständnis für den Einsatz, den sie im
169 Hambacher Wald leisten musste. So kritisierten sowohl die Gewerkschaft der
170 Polizei (GdP), als auch der Bund der deutschen Kriminalbeamten (BdK) die
171 Räumungsaktion. Obwohl die Entscheidung über den Eilantrag auf Rodungsstopp des
172 BUND NRW beim OVG Münster noch ausstand, wurden tausende Beamt*innen in den
173 belastenden und gefährlichen Einsatz im Wald geschickt. Bei Räumungen in einer
174 Höhe von 15 bis 25 Metern besteht Lebensgefahr, sowohl für die Aktivist*innen,
175 als auch die Beamt*innen. Viele Beamt*innen hatten zurecht das Gefühl, von der
176 NRW-Landesregierung vor den Karren von RWE gespannt zu werden. Für diesen
177 Einsatz mussten viele Beamt*innen starke Einschränkungen ihres Privatlebens und
178 viele Überstunden in Kauf nehmen. Nach dem Rodungsstopp durch das OVG Münster
179 ist festzuhalten: Dieser Einsatz war eine einzige Farce.

180 Darüber hinaus wurde mit diesem Einsatz das Vertrauen in die Polizei und in die
181 Politik bei vielen Menschen stark beschädigt. Das rabiate Vorgehen gegen
182

183 friedliche Aktivist*innen und die offensichtlichen Motive des Einsatzes lassen
184 viele Menschen fassungslos zurück. Dass die Polizei in einem oftmals
185 unverhältnismäßig harten Einsatz als Akteur für die Interessen eines Konzerns
eingesetzt wird, schadet unserer Demokratie.

186 Ebenfalls fassungslos macht uns, dass die im Wald verheizte Polizei
187 offensichtlich an anderen Stellen NRWs fehlte. Ende September marschierten in
188 Dortmund Neo-Nazis auf, die mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen
189 und der Verfeuerung von Pyrotechnik auf Häusernächern auf sich aufmerksam
190 machten. Dass die nur marginal anwesende Polizei sie gewähren ließ, schockierte
191 zurecht. Der Vorfall wurde im Nachhinein von Innenminister Reul
192 heruntergespielt, der stattdessen lieber unwahre Aussagen über die angebliche
193 Gewalttätigkeit von Aktivist*innen im Hambacher Wald tätigte. Wir fragen uns,
194 warum das Innenministerium mit einem massenhaften Polizeiaufgebot gegen
195 friedliche Umweltschützer*innen vorgeht, aber bei radikalen Neo-Nazis die Augen
196 verschließt.

197 Wenn Politiker*innen derart unpopuläre Forderungen mit dem Schlagstock
198 verteidigen, erodiert das Vertrauen in die Demokratie. Für all das muss
199 Innenminister Reul die Verantwortung übernehmen.

200 *Wir fordern:*

- 201 • Den Rücktritt von NRW-Innenminister Herbert Reul
- 202 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen in allen Bundesländern

203 **Blackout Kohleausstieg? Altherren-Erzählungen überwinden, 100% Erneuerbare sind**
204 **möglich!**

205 Das Märchen vom drohenden Blackout wird von den großen Energiekonzernen schon so
206 lange erzählt, wie sich Menschen für die Energiewende stark machen. Festzuhalten
207 ist: Deutschland produziert große Mengen an Strom für den Export. Mittelfristig
208 können Netzschwankungen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden. Diese sind
209 deutlich flexibler und Klimaverträglicher als die Braunkohleverstromung. Fest
210 steht auch: 100% Erneuerbare sind möglich, so der breite Konsens in der
211 Forschung. Auch die Aussage, es müssten zunächst erst viel mehr Energiespeicher
212 erforscht und gebaut werden, um einen höheren Anteil an Erneuerbaren Energien im
213 Energiemix gewährleisten zu können, erweist sich bei näherer Betrachtung als
214 sachlich falsch. Der Energiewende und dem Kohleausstieg stehen keine technischen
215 Hindernisse im Weg, sondern allein das Geschäftsinteresse von Konzernen wie RWE
216 und deren politischen Unterstützer*innen.

217 *Wir fordern:*

- 218 • Schluss mit der Blackout-Panikmache!
- 219 • Kohleausstieg bis zum Jahr 2025
- 220 • Schluss mit der fossilen Überproduktion für den Stromexport
- 221 • Bestehende Gaskraftwerke, die klimaschonender als Kohlekraftwerke sind,
222 als Brückentechnologie nutzen und wieder ans Netz nehmen
- 223 • Ein europäisches Energienetz

224 **Wirtschaftsdemokratie fördern: Monopolwirtschaft bekämpfen, Netze**
225 **verstaatlichen!**

226
227 Die Blackout-Drohung von RWE ist nur die Spitze des Eisbergs, denn die
228 Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von den vier Energieriesen (RWE,
229 EnBW, Vattenfall, E.ON) darstellt. Auch die Tatsache, dass sich die nordrhein-
230 westfälische Landesregierung zum Büttel macht, zeugt von dem viel zu großen,
231 antidemokratischen Einfluss, den diese Konzerne auf die Politik haben. Die "too
232 big to fail"-Sonderstellung, mit der die Energiewende politisch,
233 propagandistisch und technologisch bekämpft wird, ist nicht länger tolerierbar.
234 Außer der schieren Größe ist auch die Unternehmensstruktur problematisch: Jede
235 Netzinfrastuktur bedeutet (regionale) sogenannte "natürliche Monopole". RWE und
236 Co. sind aber nicht nur regionale Monopolisten, was an sich schon politisch
237 gefährliche Marktmacht und überhöhte Preise bedeutet, sondern gleichzeitig
238 Stromproduzenten, die damit in einen Interessenkonflikt geraten, weil die
239 Bereitsteller*innen der Infrastruktur die Bedingungen diktieren, zu denen Strom
240 eingespeist bzw. verkauft wird. Und auch wenn die Bundesnetzagentur einen
241 übermäßigen Machtmissbrauch verhindert, zeigt die Verschleppung des Netzausbaus
242 im Sinne der erneuerbaren Energien, dass die Energieriesen ihre kohlebasierte
243 Grundversorgung gegenüber den schwankenden Erneuerbaren begünstigen und damit
244 die Energiewende bekämpfen können.

245
246 *Wir fordern:*

- 247 • Eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieerzeugung
- 248 • Verstaatlichung der Energienetze

249 **Strukturwandel ist eine Notwendigkeit. Sozialverträglichkeit aber auch!**

250 Ein gelingender Strukturwandel braucht vor allen Dingen eines: Einen klaren
251 Plan. Deshalb ist es dringend geboten, einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle
252 als einen Baustein zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und als

253 Sicherung der Zukunftsperspektiven der Menschen in den Kohlerevieren zu
254 beschließen. Klimaschutz und soziale Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern
255 für die GRÜNE JUGEND zwei Seiten der selben Medaille im Kampf für eine
256 gerechtere Welt.

257 Die besondere demographische Struktur der Tagebaubeschäftigten führt dabei dazu,
258 dass ein Paris-konformer Austieg nahezu ohne betriebsbedingte Kündigungen
259 auskommt. Auch nach dem Ende des Braunkohleabbaus gibt es in den Revieren viel
260 zu tun. Die Renaturierung ist eine große Herausforderung, die Arbeitsplätze
261 bindet. Darüber hinaus müssen Investitionen der Konzerne LEAG, MIGRAB und RWE,
262 zu denen sie sich verpflichten müssen, sowie öffentliche Investitionen einen
263 raschen Strukturwandel fördern, der auch neue Beschäftigungsperspektiven schafft
264 und auch der Industrie und dem Gewerbe in den Regionen, die mittel- oder
265 unmittelbar vom bisherigen Braunkohlegeschäft abhängig waren, eine Zukunft
266 bietet. Angepackt werden muss das Problem der Infrastruktur, die durch die
267 Tagebaulöcher in der Region, teilweise stark zerteilt ist und ganze Ortschaften
268 abgeschnitten hat. Gemeinsam haben die Regionen, dass ein verbesserter Anschluss
269 mit dem ÖPNV, Breitbandausbau, Digitalisierung oder Modellprojekte in der
270 Erprobung neuer Technologien Chancen für die Regionen darstellen. Besonders
271 große Herausforderungen sehen wir in den Revieren der neuen Bundesländer. Die
272 Regionen sind deutlich stärker von Abwanderung, maroder Infrastruktur aus DDR-
273 Zeiten und der Sparpolitik der letzten drei Jahrzehnte betroffen. Hinzu kommt,
274 dass im lausitzer und mitteldeutschen Revier wesentlich weniger andere
275 Arbeitgeber existieren. Die vielen Strukturbrüche in den ostdeutschen
276 Lebensläufen verstärken die Angst vor einem erneuten Strukturbruch. Hier müssen
277 wir klar machen, dass wir den schon begonnen Strukturwandel geordnet,
278 sozialverträglich, aber zügig weiterführen wollen. Wir fordern, dass die
279 Bundesregierung sich gezielt mit der Frage des Strukturwandel in den neuen
280 Bundesländern auseinandersetzt. Hier muss endlich die Ansiedelung von
281 Zukunftsbranchen und öffentlichen Behörden vorangetrieben werden und der Ausbau
282 oder die Elektrifizierung wichtiger Zugverbindungen wie Lübbenau-Cottbus oder
283 Cottbus-Görlitz dürfen im Bundesverkehrswegeplan nicht mehr auf das Abstellgleis
284 gestellt werden. Zudem sehen wir es als notwendig an, dass ein sogenannter
285 Lausitz-Fond des Bundes gezielt Geld in die Regionen bringt. Die Politik muss
286 jetzt mit den Menschen in allen Regionen in Dialog treten und mit ihnen
287 gemeinsam den Strukturwandel auf den richtigen Weg bringen.

288 Klar für uns ist auch: Die Konzerne sind mit dem Ende der Braunkohleverstromung
289 noch lange nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern tragen eine dauerhafte
290 Verantwortung dafür, die Altlasten und Ewigkeitskosten, die durch den
291 Braunkohleabbau entstanden sind, zu tragen und eine nachhaltige und
292 zukunftsfähige Neuentwicklung der dann ehemaligen Braunkohle Regionen
293 voranzutreiben. Dafür werden sie Rückstellungen bereithalten müssen, um für
294 Kosten aufzukommen. Auch dürfen bei der Neuentwicklung der Regionen und der
295 Entwicklung von alten Tagebaubetreiber-Flächen nicht die Gewinninteressen der
296 Konzerne, sondern die Interessen der Regionen und der Allgemeinheit als Ganzes

297 besonders berücksichtigt werden.

298 *Wir fordern:*

- 299 • Eine Beschäftigungsgarantie für die Tagebaubeschäftigten
- 300 • Umschulungsmöglichkeiten für Tagebaubeschäftigte hin zu
301 Beschäftigungsmöglichkeiten im Sektor der erneuerbaren Energien
- 302 • Strukturförderung & neue Impulse für die wirtschaftliche Neuentwicklung in
303 allen Revieren
- 304 • Den Strukturwandel mit den Menschen der Region gemeinsam gestalten
- 305 • Allgemeinheit darf nicht auf Ewigkeitskosten und Altlasten der Braunkohle
306 sitzen bleiben, RWE muss dauerhaft haften
- 307 • Die gesamtgesellschaftliche Voranbringung von Konzepten zur sozialen und
308 bedingungslosen Grundsicherung, die über die Tagebaubeschäftigten
309 hinausgeht
- 310 • Ein besonderes Augenmerk auf den Strukturwandel in den neuen Bundesländern
311 mit Investitionen des Bundes

312 **Die Dörfer müssen Leben!**

313 Ein besonderes Augenmerk muss auf der Unterstützung der Dörfer liegen, die
314 entgegen der bisherigen Planung nicht mehr umgesiedelt werden. Alle Probleme,
315 die der ländliche Raum in Deutschland hat, treten hier verstärkt auf. Noch
316 weniger junge Menschen und Familien leben in den Dörfern mit Umsiedlerstatus,
317 denn sie sind oftmals die ersten, die an einem anderen Ort neu anfangen. Die
318 Anbindung an den ÖPNV ist in der Regel unterirdisch, das Mobilfunknetz ist
319 schwach und in Glasfaserleitungen wurde hier nicht mehr investiert. Der
320 zunehmende Leerstand tut sein übriges für die Atmosphäre und zieht
321 Plünder*innen an. Zudem haben die Hauseigentümer*innen oftmals Investitionen in
322 ihre Immobilien aufgeschoben.

323 Für uns ist klar: Die Dörfer die bleiben, müssen leben! Deshalb braucht es ein
324 Förderprogramm für die betroffenen Dörfer. Dieses darf nicht zulasten der
325 Menschen gehen, die bereits umgesiedelt wurden. Ein Ausspielen derer, die
326 geblieben sind gegen die, die umgesiedelt wurden, würde den sozialen Frieden in
327 den Revieren weiter gefährden und verbiete sich. Den Menschen, die eine Rückkehr
328 in ihre Heimatdörfer wünschen, sollte diese auch ermöglicht werden. In diesem

329 Zusammenhang zeigen wir uns auch solidarisch mit den zahlreichen Hausbesetzungen
330 rund um die von Abaggerungen betroffenen Dörfer, die Perspektiven für die
331 verloren geglaubten Ortschaften aufzeigen.

332 Wir fordern:

- 333 • Ein Rückkaufrecht für die ehemaligen Eigentümer*innen, deren Häuser noch
334 stehen sowie ein Rückkaufrecht für die Grundstücke dort, wo die Häuser
335 bereits abgerissen wurden.

- 336 • Ein Investitionsprogramm für den ÖPNV sowie die soziale Infrastruktur,
337 sowohl in den alten, als auch in den neuen Dörfern.

- 338 • Ein Förderprogramm für die Sanierung der Gebäude in den betroffenen
339 Dörfern.

Begründung

Erfolgt mündlich.